

Einführung der Landesverwaltungsgerichtsbarkeit in Tirol mit 01.01.2014 Überblick und Auswirkungen auf die Gemeinden

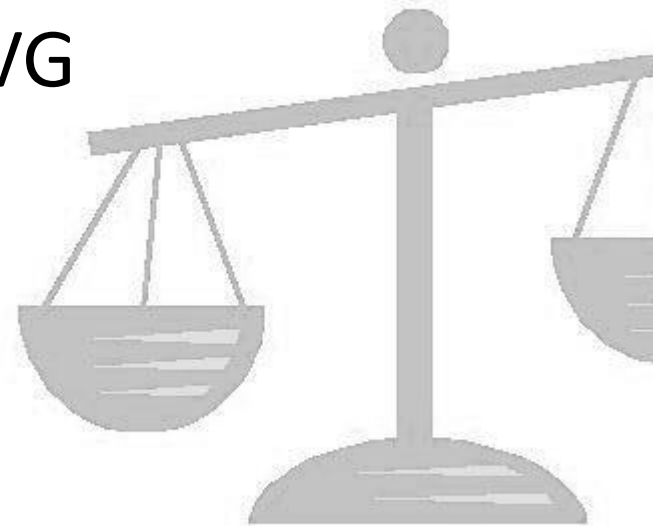
Vortragende:

Dr. Christoph Purtscher
Dr. Albin Larcher
Mag. Gerold Dünser



Vortrag Dr. Christoph Purtscher:

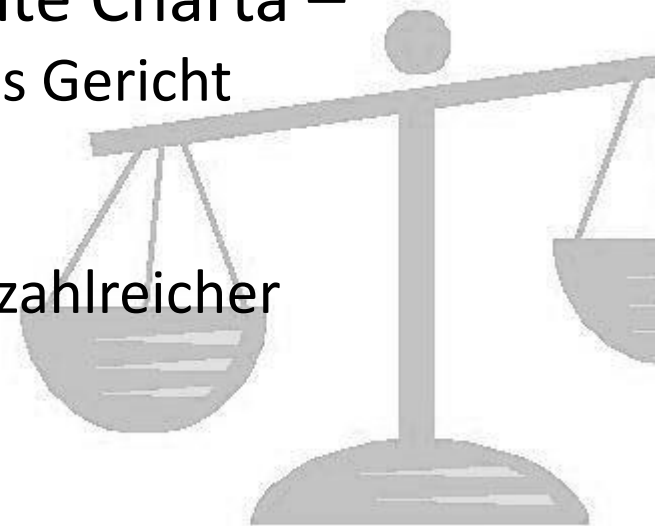
Entstehungsgeschichte und
Organisation des LVG



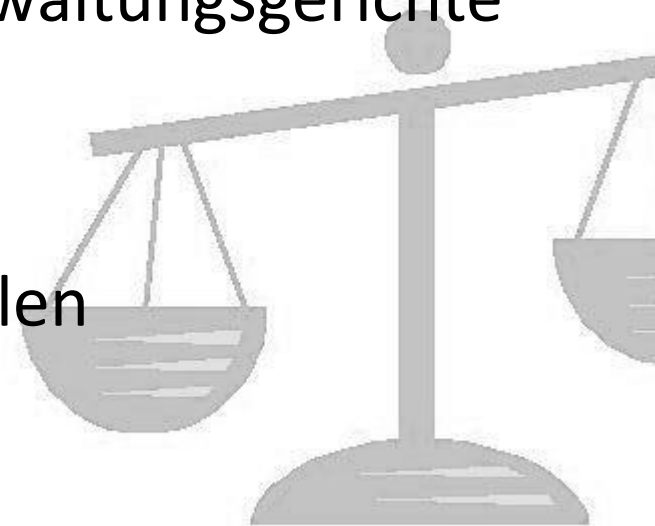
- Das Projekt „zweistufige Verwaltungsgerichtsbarkeit“ – ein kurzer Rückblick:
 - Einrichtung der UVS im Jahre 1991 – Hintergrund: grundrechtliche Verpflichtungen, Art. 6 EMRK
 - Wesentliche Kompetenzerweiterung durch Verwaltungsreform 2002
 - Österreichkonvent 2003 bis 2005 – Vorschläge für eine grundlegende Staats- und Verfassungsreform



- Das Projekt „zweistufige Verwaltungsgerichtsbarkeit“ – ein kurzer Rückblick:
 - Vertrag von Lissabon: Grundrechte Charta – garantiert Recht auf ein unparteiisches Gericht
 - Überlastung des VwGH
 - Verwaltungsreform: Abschaffung zahlreicher Sonderbehörden
 - Verfahrensbeschleunigung



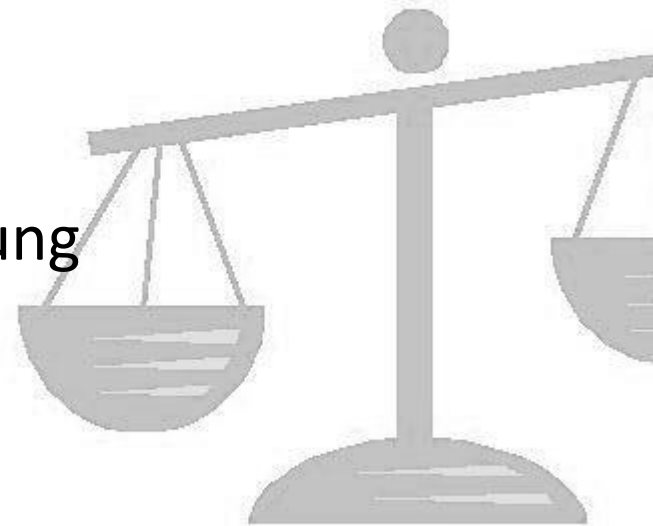
- B-VG Novelle 2012 – das Projekt fand einen ersten Abschluss:
 - Zum 1. Jänner 2014 werden Verwaltungsgerichte (erster Instanz) eingerichtet
 - 9 plus 2 Modell
 - Sie sind Beschwerdeinstanz in allen Verwaltungsangelegenheiten



- B-VG Novelle 2012 – das Projekt fand einen ersten Abschluss:
 - Verwaltungsgerichte ersetzen die bisherigen Berufungsbehörden
 - Auflösung der zweitinstanzlichen Sonderbehörden
 - Eigener Wirkungsbereich der Gemeinden – in landesgesetzlich geregelten Angelegenheiten kein innergemeindlicher Instanzenzug



- Landesverwaltungsgericht Tirol – Organisation:
 - TLVwGG
 - Allgemeines
 - Sitz
 - Zusammensetzung und Ernennung
 - Unabhängigkeit
 - Fachkundige Laienrichter



- **Organe des LVwG:**

- **Präsident** – ihm obliegen als Leitungsorgan zentrale Aufgaben der Justizverwaltung
- **Vollversammlung** – Zusammensetzung und Aufgaben
- **Personal- und Geschäftsverteilungsausschuss** – Zusammensetzung, Bestellung und Aufgaben
- **Disziplinarausschuss** – Zusammensetzung, Bestellung und Aufgaben



- **Geschäftsgang:**

- Einzelrichter, Senate

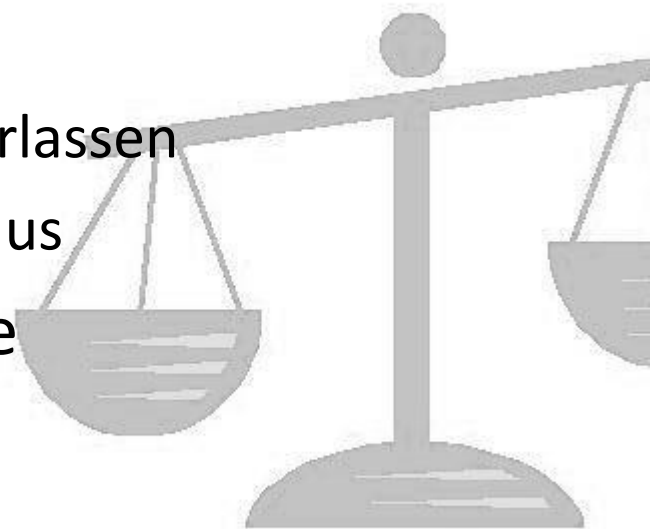
- Geschäftsverteilung

- wie wird die Geschäftsverteilung erlassen

- wie sieht die Geschäftsverteilung aus

- Geschäftsstelle und Evidenzstelle

- Amtssachverständige



- Konstituierung des LVwG:

- Ersternennung

- Mitglieder des UVS **bis 31. März 2013**
 - Besetzung der weiteren Stellen für Landesverwaltungsrichter **bis 31. Mai 2013**



- Konstituierung des LVwG:
 - Konstituierende Vollversammlung
 - Bestellung Personal- und Geschäftsverteilungsausschuss **bis 31. Juli 2013**
 - Geschäftsordnung ist mit **1. Jänner 2014** in Kraft zu setzen
 - Geschäftsverteilung **bis 31. Oktober 2013**



- UVS / LVwG – einige Zahlen und Fakten:
 - Aktenanfall bisher
 - Aktenanfall künftig
 - Anzahl der Verwaltungsrichter
 - Personalstand insgesamt



Vortrag Mag. Gerold Dünser

Die Beschwerde und das Vorverfahren bei der Behörde



- **Beschwerde statt Berufung:**
 - Einziges Rechtsmittel gegen Bescheid, keine Vorstellung mehr
 - Keine Berufungen im Vollzug von Landesrecht (aber bei Bundesrecht sehr wohl!)
 - Bei Bescheidbeschwerde wie bisher bei Behörde, die Bescheid erlassen hat, einzubringen



Beschwerde – Abgrenzung zur Berufung:

Inhalt:

- Bezeichnung des Bescheides – *wie bisher*
- Bezeichnung der Behörde – *neu*
- Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt – *inhaltlich ähnlich wie bisher*
- Bestimmtes Begehren - *neu*
- Angaben zur Rechtzeitigkeit - *neu*

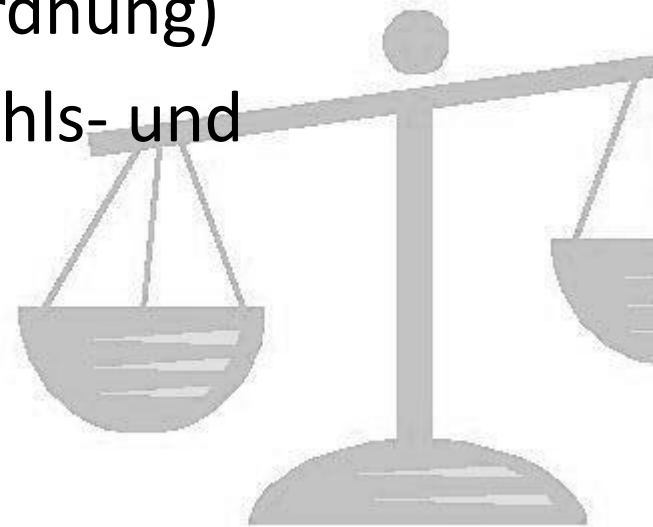


- **Wichtige Aspekte:**

- Bürger kann Beschwerde ohne Rechtsanwalt erheben
- Bürger steckt mit den Gründen, die er gegen den Bescheid vorbringt, Rahmen des Verfahrens ab
- Keine zu formalistische Betrachtung; im Vordergrund: Rechtsschutz!



- Was kann im Gemeindevollzug mit Beschwerde bekämpft werden?
 - Bescheide (nicht Verfahrensanordnung)
 - Maßnahmen unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt (vgl. § 41 TBO)
 - Säumnis bei Bescheiderlassung



- Welche Fristen gelten?
 - Bescheidbeschwerde: 4 Wochen
 - Maßnahmenbeschwerde 6 Wochen
 - Säumnisbeschwerde: Ab Eintritt der Säumnis (vgl. § 27 TBO: 3 bzw. 6 Monate)



- **Aufschiebende Wirkung:**

- Beschwerde hat aufschiebende Wirkung
- Kann aber wie bisher ausgeschlossen werden; durch Behörde aber auch wieder änderbar
- Eigene Überprüfung durch VG vorgesehen, ob Ausschluss zu Recht erfolgt ist
- Auch VG kann aufschiebende einräumen/ausschließen



- **Beschwerdevorentscheidung:**
 - Tritt an Stelle der Berufungsvorentscheidung, geht aber weiter (auch Abweisung möglich)
 - Behörde hat zwei Monate Zeit
 - Hat im weiteren Verfahren Bestand!
 - Nur im Umfang der Beschwerde zulässig = was durch Beschwerdegründe geltend gemacht wird
 - Rechtsmittel: Vorlageantrag



- Säumnisschutz neu:
 - Säumnisbeschwerde tritt grundsätzlich an Stelle von Devolutionsantrag - *Devolutionsantrag aber in Verfahren aus Vollzug Bundesrecht möglich!*
 - Säumnisbeschwerde ist bei Behörde einzubringen, von der der Bescheid begehrt wird
 - Erst ab Ablauf der Entscheidungsfrist möglich



- Säumnisverfahren bei der Behörde:
 - Behörde hat drei Monate Zeit zur Nachholung des Bescheides (ab Einlangen der zulässigen Säumnisbeschwerde)
 - Wenn sie den Bescheid nachholt, ist das Säumnisverfahren einzustellen: das VG wird in diesem Fall nicht mit der Sache befasst!
 - Wenn nicht: vorlegen



- **Übergangsrecht:**

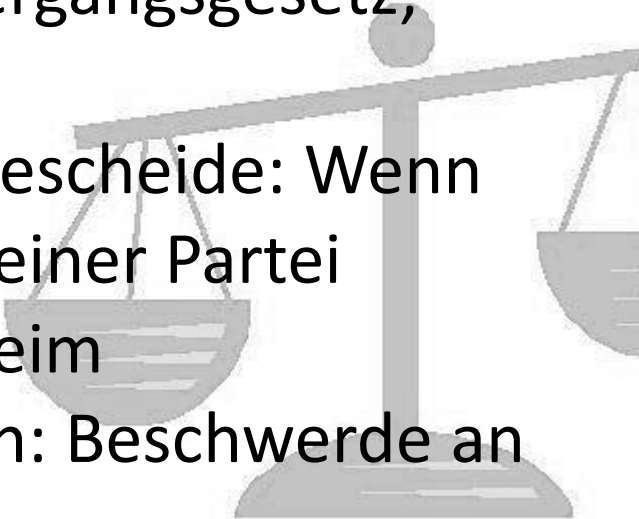
- Besondere Rechtsmittelbelehrungen ab 1.10.2013
- Bei Gemeinden: anhängige Berufungsverfahren bleiben anhängig (Sonderregelung)!
- Für Verfahren anderer Behörden: Akten „wandern“ zum VG: auch die der Vorstellungsbehörde!



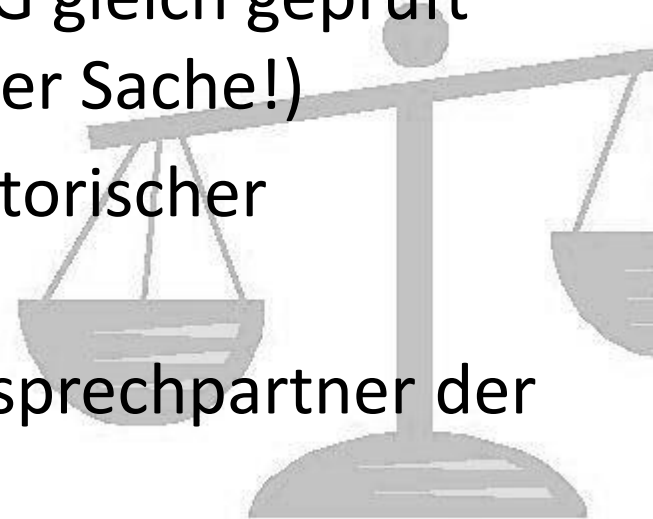
- Für Übergangszeitraum:

- Detaillierte Regelung in § 143a TGO (neu) bzw. im Verwaltungsgerichtsbarkeits-Übergangsgesetz;

Grundregel für erstinstanzliche Bescheide: Wenn vor dem 31.12.2013 wenigstens einer Partei zugestellt: Berufungsverfahren beim Gemeindevorstand; wenn danach: Beschwerde an VG



- Konsequenz aus Zuständigkeitsverschiebung:
 - Gemeindebescheide auch aus dem eigenen Wirkungsbereich werden vom VG gleich geprüft wie alle anderen Bescheide (in der Sache!)
 - VG trifft meritorische statt kassatorischer Entscheidung
 - Abteilungen im Land bleiben Ansprechpartner der Gemeinden

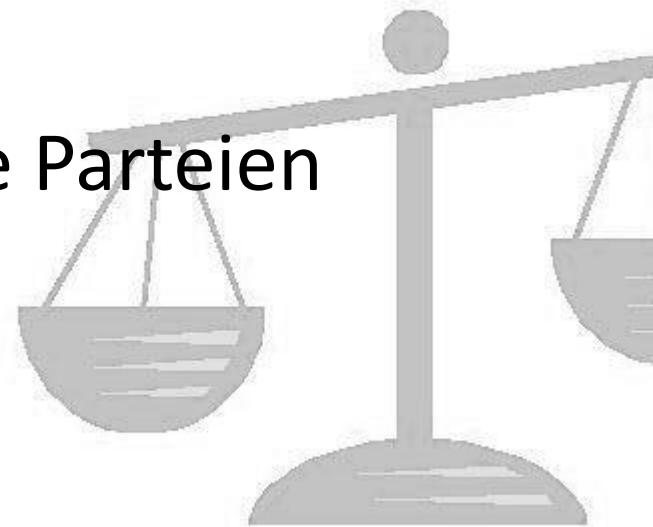


Vortrag Dr. Albin Larcher:

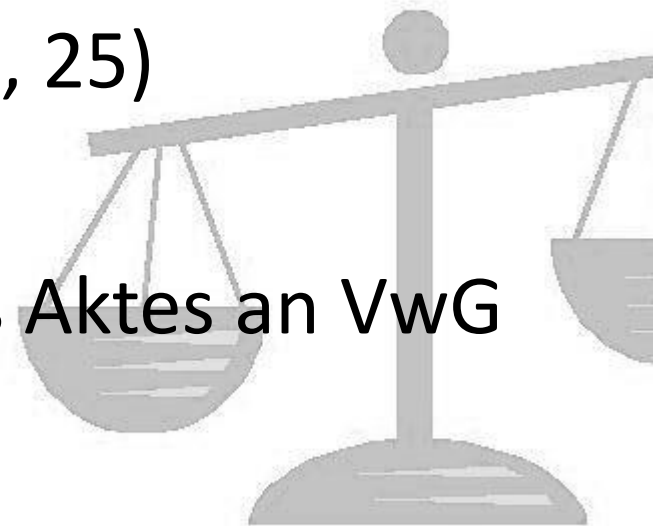
Das Verfahren vor den Verwaltungsgerichten
und
das Revisionsverfahren vor dem VwGH



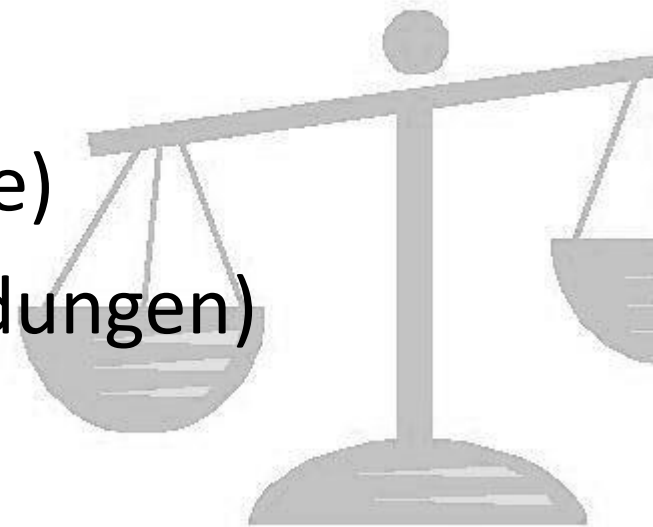
- Anzuwendendes Recht (§ 17)
VwGVG, subs AVG, VStG, VVG.....
sonstige Verfahrensvorschriften
- Parteien (§§ 18, 19)
Beschwerdeführer, sonstige Parteien
auch belangte Behörde
- Sachverständige
- Schriftsätze (§ 20)



- Ladungsbefugnis (§ 23)
örtlich unbeschränkt aber dafür
Gebühren Zeugen/Beteiligte (§ 26)
- mündliche Verhandlung (§§ 24, 25)
- Entscheidungsfrist (§ 34)
Beginn erst mit Vorlage des Aktes an VwG



- Prüfumfang (§ 27)
Bindung an Beschwerdevorbringen
und (Un)Zuständigkeit
- Entscheidungen
Erkenntnis (in der Sache)
Beschluss (Formalentscheidungen)



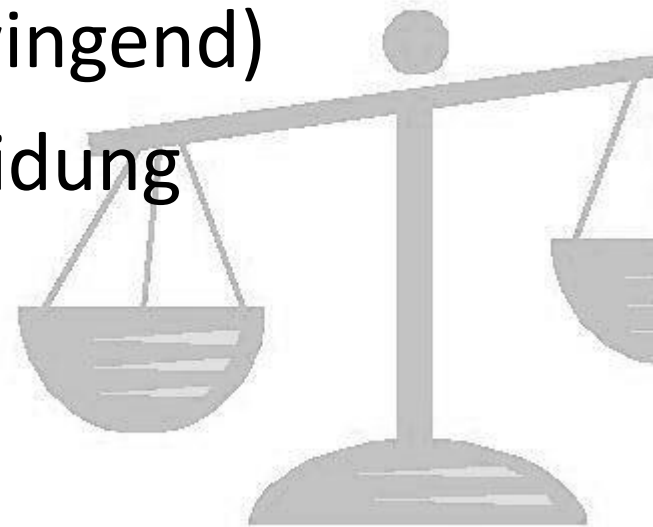
- Erkenntnisse (§§ 29, 30)
 - ergehen im Namen der Republik
 - immer begründet und auch schriftlich
 - Revisionsausspruch
- Beschlüsse (§ 31)
 - wie Erkenntnisse
- gilt aber nicht für ausschl verfahrensleitende Beschlüsse



- Sachentscheidung
im VerwStrafVerf immer
- im AdminVerf jedenfalls, wenn Sachverhalt feststeht oder Feststellung durch VwG verwaltungsökonomisch sonst, wenn Behörde Sachentscheidung nicht widerspricht



- Zurückverweisung im AdminVerf nur wenn,
 - ✓ notwendige Ermittlungen des Sachverhaltes unterlassen wurden oder
 - ✓ Ermessensentscheidung (zwingend)
 - ✓ wenn Behörde Sachentscheidung widerspricht (zwingend)



- **Verwaltungsstrafverfahren**

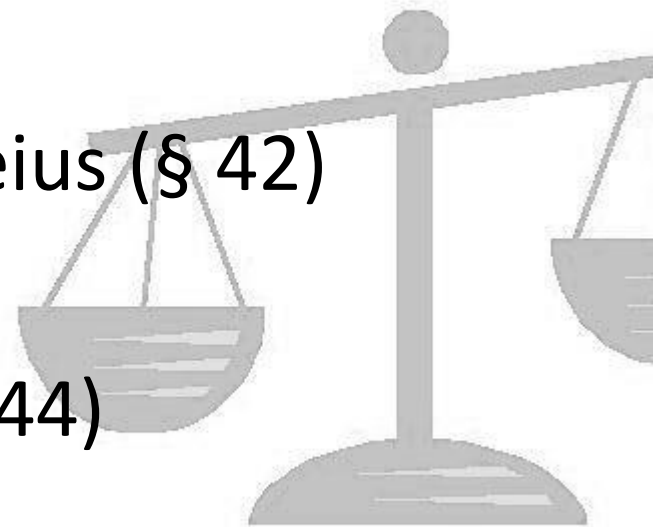
Sonderbestimmungen (§§ 37 – 52), im Wesentlichen wie im VStG, insbesondere Verfahrenshilfe (§ 40)

Verbot der reformatio in peius (§ 42)

Verjährung (§ 43)

mündliche Verhandlung (§ 44)

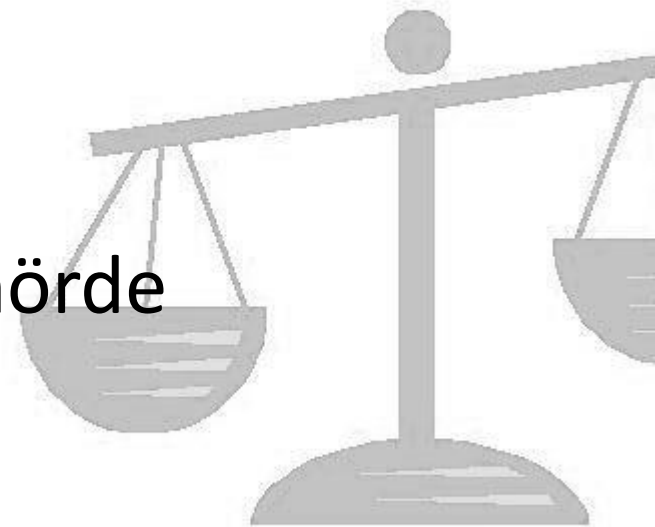
Kosten (§ 52)




Das Revisionsverfahren vor dem VwGH



- **Revision** geg. Erkenntnisse oder Beschlüsse des VwG statt Beschwerde
- Frist 6 Wochen
- Partei (§ 21 VwGG):
 - Revisionswerber
 - Gemeinde als belangte Behörde



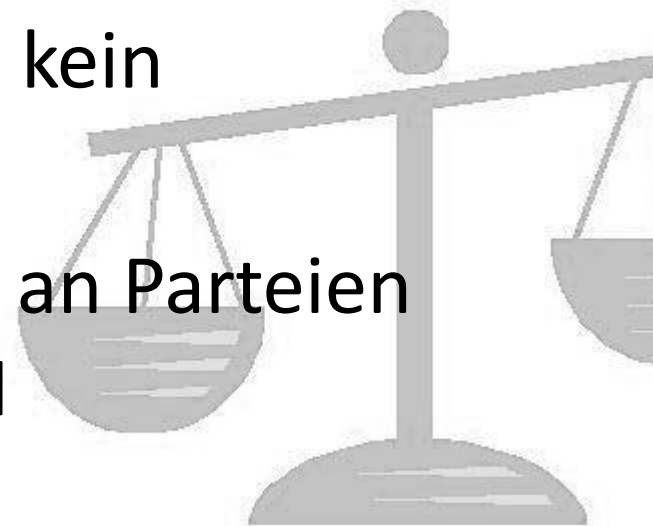
- **Ordentliche Revision (§ 25a VwGG)**
wenn Revision zugelassen wurde
 - beim VwG einzubringen und Vorverfahren durch VwG
 - Zuerkennung der aufschiebend wirkung durch VwG
 - ggf Mängelbehebungsauftrag durch VwG
 - Zustellung der Rev und der Rev Beantw an Part durch VwG und Vorl an VwGH
- 

- **Außerordentl Revision (§ 30a VwGG)**

wenn Revision vom VwG nicht zugelassen
beim VwG einzubringen

keine Vorentscheidung und kein
Vorverfahren durch VwG

nur Zustellung der Revision an Parteien
und Aktenvorlage an VwGH

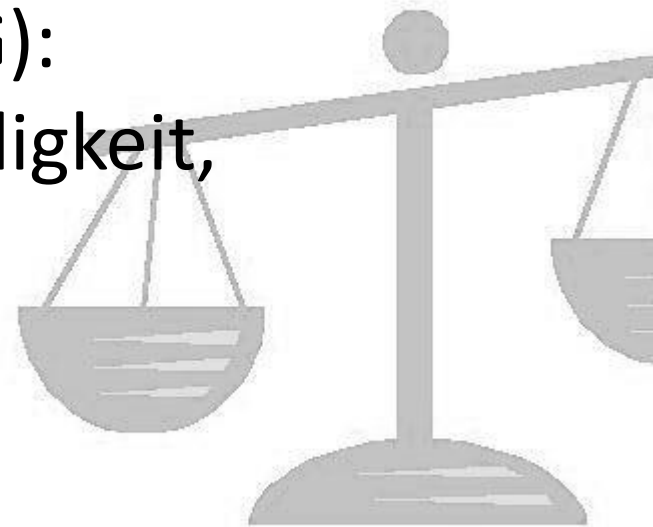


- **Beschluss**

Einstellung Klaglosstellung, Zurückziehung
der Revision

Zurückweisung (§ 34 VwGG):

Fristversäumnis, Unzuständigkeit,
Unzulässigkeit

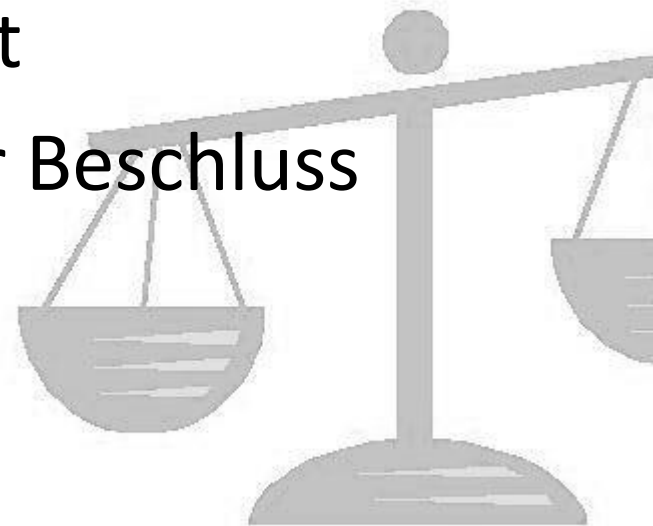


- **Erkenntnis (§ 42)**

Abweisung und Aufhebung in nichtöff
Sitzung

Abweisung als unbegründet

Aufhebung Erkenntnis oder Beschluss



Vielen Dank für die
Aufmerksamkeit!

